

# Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.  
Wegzugspreis: Vierteljährlich 1,80 Mark, bei Zustellung durch die Boten 2,— Mark.  
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstigen Umständen) hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Anzeigen-Preis: Die Kleinspaltensätze oder deren Raum wird mit 25 Pfg., auf der ersten Seite mit 50 Pfg. berechnet.  
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstube eingegeben.  
Jeder Anspruch auf Nachzahlung, wenn der Anzeigen-Beitrag durch Ringe eingegangen werden muß, oder wenn der Auftraggeber in Abwesenheit ist, ist ausgeschlossen.

Verantwortlich: Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Hermann Rähle, Groß-Okrilla

Nummer III

Sonnabend, den 21. September 1919

18. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil. Schulhausmannsstelle.

Die Hausmannsstelle an der neuen Schule ist demnächst auszuwählen. Gesuche um Uebertragung der Stelle sind unter Angabe der neben der freien Wohnung, Heizung und Beleuchtung erwünschten daren Entschädigung bis zum 25. ds. Mts. beim Unterzeichneten anzubringen. Nähere Auskunft über die zu leistenden Arbeiten erteilt Herr Schuldirektor Gubler.

Ottendorf-Okrilla, am 18. September 1919.

Der Schulvorstand,  
Gern. Vorst. Richter, Vorst.

## Oberschlesien.

Alle vor dem 1. Januar 1901 in den Abteilungen Schlesien (Kreis Namslau, Kreuzburg, Rosenberg, Döbeln (Stadt und Land), Groß-Strehlitz, Lublinitz, Gletwitz, Zittau, Zornowitz, Bautzen (Stadt und Land), Königsbrunn, Gindenburg (früher Jabene), Rattowitz (Stadt und Land), Pleß, Rybnitz, Ratibor (Stadt und Land), Cosel, Reichsbühl und Neuhaid) geborenen Personen wollen sich bis 22. d. M. im Gemeindeamt melden.

Diese Feststellung ist zur Durchführung der Rückführung der Oberschlesier zum Zwecke der Teilnahme an der Volksabstimmung notwendig.

Ottendorf-Okrilla, am 18. September 1919.

Der Gemeindevorstand.

## Neuestes vom Tage.

Das rasche Sinken unserer deutschen Valuta ist nach Ansicht des Reichsschatzamt in erster Linie auf die unvorhergesehene Vermehrung des künstlichen Kredites des Reiches durch Banknoten usw. zurückzuführen. Dieser Kredit ist deshalb künstlich, weil ihm keine entsprechende Steigerung des Volkseinkommens gegenübersteht, sondern eher das Gegenteil. Zur Hebung dieser papierernen Ueberkapitalisierung will man bekanntlich eine Reihe von Steuern einführen. Zur Abkürzung der schwebenden Schulden denkt man dagegen an die Ausgabe von Fusionsanleihen. Bereits in nächster Zeit wird die Reichsregierung mit einem derartigen Anleihebegehren in die Öffentlichkeit treten. Diese Anleihen sollen, um ihnen Erfolg auf dem Geldmarkte zu sichern, von vornherein mit besonderen Reizmitteln ausgestattet sein. Man denkt daran, sie als Prämienanleihen zu gestalten, ferner auch an gewisse steuerliche Vorzuzugungen hinsichtlich der Erbschaftsteuer für die Besitzer derartiger Anleihen. Ueber die Art und Weise der Prämienanleihen sprechen zur Zeit Erwägungen im Reichsfinanzministerium. Die Anleihebedingungen sollen jedoch so gestellt werden, daß diese neuen Anleihen keine Schädigung der Kriegsanleihebesitzer bewirken können. Man verspricht sich sogar indirekt eine Verbesserung der Kriegsanleihe davon. Auch im Reichsschatzministerium ist man sich darüber klar, daß das Hauptmittel zur Hebung unserer Valuta Produktion und Arbeit ist. Ein zweiter Grund für den Tiefstand unserer Valuta ist die starke Passivität unserer Handelsbilanz, die in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß im Westen zur Zeit unsere Grenze nicht geschlossen werden kann. Man hofft jedoch, bis zur Ratifikation des Friedens den völligen Grenzschluß bewirken zu können. Ein dritter Grund für den Valutasturz ist die Kapital- und Steuerflucht, gegen die weitere Mittel auf Grund der geschaffenen gesetzlichen Vorschriften angewendet werden sollen. Ein letzter Grund ist schließlich auch die Waisenspekulation, an der leider auch Deutsche beteiligt sind. Ihr steht man bis jetzt leider ziemlich machtlos gegenüber. Mit dem Anwachsen unserer Produktion und der Durchführung unseres Steuerplanes wird sie von selbst verschwinden.

**Wä n c h e n.** Der Ministerrat beschäftigte sich am Freitag vormittags mit dem Urteil im Geseismordprozess. Er machte von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch, jedoch die Erschießung der sechs zum Tode verurteilten heute oder spätestens morgen erfolgt.

Die im Geseismordprozess gefällten sechs Todesurteile sind gestern nachmittags 4 Uhr in Stadelheim durch Erschießen vollzogen worden. Die Verurteilten, die auch geistlichen Zuspruch angenommen hatten, machten einen zerknirschten Eindruck. Die Exekution erfolgte ohne Zwischenfälle. Vor dem Gefängnis hatte sich, da die Stunde der

Volksführung des Todesurteils nicht bekannt war, nur wenig Publikum eingefunden.

Die „Agence Centrale“ meldet aus Fiume: In der Stadt herrscht völlige Anarchie. Die Jagd auf die Jugoslawen hat begonnen. Die slowakischen Bürger von Fiume werden eingeschüchert und mißhandelt. Die Mannschafft „Annunzio“ besteht größtenteils aus der Brigade Galebra. In den Fiumer Blättern wurde eine Proklamation veröffentlicht mit Schmähungen gegen die eigene Regierung und die Jugoslawen. D'Annunzio besetzte das Grobenid-plateau bei Fiume und traf Anordnungen praktischer Natur zur Herstellung von Schützengraben und anderen Selbstbefestigungen gegen einen etwaigen jugoslawischen Angriff. Im Zentrum von Fiume herrschte verhältnismäßige Ruhe, desto unruhiger geht es in den Winkelgassen der Peripherie zu. Nachts erfolgte eine bisher unausgeklärte Explosion von Handgranaten in einem Freudenhaus und tötete fünf Personen. Angegebene slowakische Bürger samt ihren Damen in einem Theatergebäude interniert und den brutalsten Inzulten ausgesetzt. Die slowakischen Einwohner werden von d'Annunzios Soldaten gezwungen, die italienische Tricolore zu tragen und ein Hoch auf das italienische Fiume auszurufen.

Die „Hamburger Nachrichten“ melden aus Helsingfors daß zwischen der finnischen Regierung und Vertretern der Entente bezüglich des russischen Friedensangebotes Verhandlungen stattfanden mit dem Ergebnis, daß die finnische Regierung beschloß, das Angebot der russischen Sowjetregierung nicht anzunehmen. Gleichzeitig wird die finnische Regierung des Ostseestaates abtreten zu schließen. Die Vertreter der Entente haben Finnland verprochen, die englische Flotte nicht aus der finnischen Bucht zu entfernen. Eine besondere französische Abordnung ist mit General Etienne an der Spitze in Reval eingetroffen. Ihre Zukunft hängt mit den estnischen Friedensverhandlungen mit Rußland zusammen.

## Vertikales und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 20. September 1919.

Der Ortsverein wird sich in seiner Montag im Kirch stattfindenden Versammlung mit dem Uebergangsschulgesetz beschäftigen. Im Interesse einer zielbewußten Fortentwicklung unseres Schulwesens liegt es, daß die Versammlung außerordentlich stark besucht werden möchte. Auch die werthen Damen seien besonders herzlich eingeladen. Der Volksstaat verpflichtet jeden Bürger und jede Bürgerin, daß er sich mit solch einschneidenden Gesetzen beschäftigt und in reger Aussprache Aufklärung sucht. Diesem Zwecke dient die Versammlung des Ortsvereins. Darum veräume niemand die Sitzung. Gäste sind herzlich willkommen.

Es sind Fälle bekannt geworden, daß Angestellte der im benachbarten preussischen Gebiete liegenden Kohlengruben Landwirten gegen Abgabe von Getreide Kohlen liefern. Dieses Verfahren ist im höchsten Grade ungesetzlich und strafbar. Die Gendarmerie ist angewiesen worden, eine scharfe Kontrolle der nach Kohlen fahrenden Fuhrwerke vorzunehmen und etwaige auf den Wagen befindliche Getreidemengen zu Gunsten der Reichsgetreidestelle ohne Zahlung einer Entschädigung zu beschlagnahmen. Außerdem wird in jedem erwiehenen Falle die Bestrafung des Landwirts in die Wege geleitet werden. Es wird erwartet, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um die Landwirte von einer solchen Handlungsweise, die die Entziehung von Getreide und Kohlen für andere Leute zur Folge hat und daher nicht genug verworfen werden kann, abzuhalten.

Freie Einfuhr von Hülsenfrüchten, Reis und Kolaobohnen. Der Reichswirtschaftsminister hat durch eine Verordnung im Reichsgesetzblatt alle Einfuhrbeschränkungen für Hülsenfrüchte (Erbsen einschl. Pelusken, Bohnen einschl. Ackerbohnen und Linsen sowie alle Erzeugnisse und Abfälle daraus, die durch Vermahlen, Schalen oder Schöten gewonnen werden), feiner für Reis, Reisabfälle sowie Mischungen von Reis und Reisabfällen mit anderen Erzeugnissen, endlich Kolaobohnen (roh oder geröstet), aufgehoben. Für die genannten Waren ist eine Einfuhrbewilligung nicht mehr notwendig.

Diensthunde in der Reichswehr. Den veränderten Bestimmungen des neuen Heeres entsprechend, werden jetzt auch Diensthunde für militärische Zwecke verwendet. Innerhalb der Reichswehr haben sich bereits Diensthunde nützlich

gemacht. Als Schutzhunde tragen sie zu der noch in keiner Weise zufriedenstellenden öffentlichen Sicherheit bei, besonders machen sie in der Dunkelheit den Führer auf mancherlei Verdächtiges aufmerksam, was ihm ohne Hund sicher entgehen würde. Durch den Scharfsinn der Hunde werden also vielfach Straftaten verhindert. Ferner sei nicht nur an das Leben des Hundeführers gedacht, wenn ihm sein Begleiter beim Angriff eines Verbrechers Hilfe leistet, sondern auch an das Leben des Angreifers selbst, denn infolge der Mißhilfe des Hundes wird der Gebrauch der Schusswaffe meist überflüssig. Zur Vermeidung von Diebstählen und Einbrüchen tragen außerdem Wachhunde viel bei, wodurch Menschenleben und Geldwerte erhalten bleiben. Schließlich sei auch noch der Meldehund gedacht, die sich im Felde äußerst gut bewährt haben. Wenn man gezwungen ist, bei inneren Unruhen einzuschreiten, ist der Meldehund schon häufig als Meldegänger an die Stelle des Menschen getreten. Auf diese Weise ist bereits manches Menschenleben erhalten worden. Zu den guten Diensten, die die Hunde der Reichswehr leisten, kommt noch der Vorteil billiger Beschaffungs- und Unterhaltungskosten. Alles in allem ist die Verwendung von Diensthunden ein Angebot des Tages. Die Diensthundmeldestelle Dresden, Waisenhausstraße 20 III, die als Bezirk den Freistaat Sachsen umfaßt, ist zu jeder weiteren Auskunft gern bereit.

**K a m e n z.** Am Dienstagabend kurz nach 9 Uhr entstand in der vormals böhmischen Zementwarenfabrik auf Neumiednitzer Flur (am Waldwege zwischen Waldhof und Gringraben) ein Schadenfeuer, durch das der große Lager-schuppen vollständig eingestürzt wurde. Trotz lebhaften Alarms durch Dampfpeife waren Spritzen am Brandorte nicht erschienen. Die Entstehungsurache wird auf Brandstiftung zurückgeführt.

**Radeberg.** Der hiesige Stadtrat hatte bei dem Ministerium um Ausdehnung bez. Verlegung der bisherigen Jahrmärkte auf Sonntag und Montag nachgesucht. Gegen diesen Plan wendet sich die Dresdener Handelskammer in einem an das Ministerium erstatteten Gutachten, in dem sie folgendes ausführt: „Wir können das Bedauern für eine Ausdehnung der Jahrmärkte nicht anerkennen. Im Gegenteil neigen wir der Ansicht zu, daß sich die Jahrmärkte mehr und mehr überleben, was schon aus der fast ständig abnehmenden Besucherzahl der Jahrmärkte in den meisten Orten ersichtlich ist. Abgesehen von wenigen Gewerbezweigen, denen die Jahrmarktstage eine größere Sinnhaftigkeit verschaffen, z. B. den Gastwirten im Innern der Stadt, haben die Kleinhandelsgeschäfte aller Art kaum irgendwelchen Nutzen, sondern eher Schaden daran zu verzeichnen. Namentlich ist dies bei den Textil- und Wäschegeeschäften der Fall, aber auch bei vielen Kolonialwaren, Spielwaren, Metall- und Schuhwarengeschäften usw.“

**Leipzig.** Zur Erzielung höherer Löhne sind hier die Markthallenarbeiter und Markthallenkutscher sowie die Arbeiter und Kutscher der Gemüsehändler in den Streik getreten. Wie die Leipziger Zeitung von unterrichteter Seite hört, erhält ein Markthallenkutscher einen Wochenlohn von 126 Mark und kann mit mindestens 15 Mark Trintgelde in der Woche rechnen. Außerdem wird hinsichtlich erlaubt, daß der Kutscher den Bedarf für sich und seine Familie an Gemüse, Obst usw. aus den Beständen des Arbeitgebers deckt, sodas sich unter Dinzurechnung dieser Werte das Gesamteinkommen eines Markthallenkutschers monatlich auf rund 600 Mark beläuft.

Auf dem Reßplatz wurden Donnerstagabend in der 10. Stunde vier Grenzgänger von einer vielhundertköpfigen Menge, durch verbrecherische Elemente aufgereizt, überfallen, schwer mißhandelt und mit dem Tode bedroht. Zwei der Grenzgänger konnten durch Schutzleute in die Polizeiwache gerettet werden. Die beiden anderen Grenzgänger wurden von den Tumultanten nach der Gitter gedrängt und die Uferböschung hinabgeworfen. Hier blieb der eine blutüberströmt und bewußtlos infolge der Mißhandlungen liegen. Der andere Soldat, ein Oberjäger, wurde im Wasser von beiden Ufern aus mit Steinen besorfen und wäre ein Opfer des Steinregens geworden, wenn er nicht schließlich durch einen Trupp herbeigeleiteter Grenzgänger, ebenso wie sein am Ufer liegender Kamerad, aus seiner Notlage befreit worden wäre. Einer der Heger konnte verhaftet werden. Die Untersuchung über die Vorgänge fand im Gange.

